

Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung,
Verkehrsplanung

Schnellmeldung

**Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
vom 21.09.2006**

Beantragung und Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ab 2007	
TOP 7.3 (öffentlicher Sitzungsteil)	V/0556/2006

Herr Weber (CDU) erläuterte und begründete den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 19.09.2006. Er sprach sich zudem dafür aus, dass künftig vor der Beratung über eine Maßnahmenliste von der Verwaltung eine Gesamtschau über die Verkehrsprojekte für die politische Entscheidungsfindung gegeben werde.

„Änderungsantrag zur Vorlage 556/2006:

**Beantragung und Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach dem
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ab 2007**

Der Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen, der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft sowie der Hauptausschuss beschließen:

1. Die in der Vorlage in der Anlage 1) und 2) dargestellten Maßnahmen werden wie folgt neu strukturiert:
 - a. Die in der Anlage 1) aufgeführten Maßnahmen erhalten die neue Überschrift „Maßnahmen 2007“.
 - b. Die in der Anlage 2) aufgeführten Maßnahmen erhalten die neue Überschrift „Maßnahmen ab 2008“.
2. Die Prioritäten der Anlage 1) werden wie folgt neu geordnet:
 1. Loddenheide
 2. Erbdrostenweg
 3. Bahnhofstraße
 4. Hohenzollernring
 5. Ostmarkstraße
 6. Roxeler Straße
 7. VSS 2. Baustufe
(im unmittelbarem Anschluss an die erste Baustufe,
d. h. möglichst zur vollständigen Realisierung in 2007)
 8. Hobbeltstraße
 9. Mondstraße
3. Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst im ersten Halbjahr 2007, ein System für die künftige Priorisierung von Verkehrsvorhaben zu entwickeln, dass es ermöglicht, eine synchronisierte politische Steuerung von der Planung bis zur Finanzierung vorzunehmen. Dabei sollen sämtliche Vorhaben, u. a. abgeleitet aus dem Flächennutzungsplan, und ihre jeweiligen Planungsstände – unabhängig von ihrer Finanzierung durch etwaige Zuschussgeber – dargestellt werden.

4. Die Verwaltung wird gebeten, die künftige Entwicklung zur Finanzierung von Maßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) aufzuzeigen und die Zukunftsfähigkeit dieses Finanzierungsinstruments zu beleuchten. Insbesondere sollen auch die in der Landesstraßenförderung unberücksichtigt gebliebenen Maßnahmen daraufhin untersucht werden, ob eine Finanzierung nach GVFG sinnvoll und zielführend ist.“

Herr Fastermann (SPD) beantragte, aus der Anlage 2 der Vorlage die Projekte „Austermannstraße“ und „Entlastungsstraße Nord“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion vom 19.09.2006 wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der SPD gegen Bündnis 90/Die Grünen/GAL angenommen.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde bei Für-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Gegenstimmen von CDU und FDP mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde über die Berichtsvorlage abgestimmt. Diese wurde ebenfalls mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der SPD gegen Bündnis 90/Die Grünen/GAL angenommen.

Im Auftrag

gez.
Regina Dittmer
Schriftführung

Verteiler: Schriftführung HA, III, III/1, 01, 66, 61 (61.42)